

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich war jahrelang als Gewerkschafter der Vertreter Thüringens in der zentralen Arbeitsgruppe der DGB-Bezirke der neuen Länder und musste meine Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen einstellen.

Die Verbindung zu Mitgliedern der Arbeitsgruppe besteht noch immer; die soziale Entwicklung haben wir weiterhin kritisch verfolgt.

Insbesondere die Entwicklung der Altersarmut im Beitrittsgebiet beschäftigt uns permanent. Sie ist Bestandteil der enteignenden Folgen des Einigungsprozesses im Boden-, Sachen- und Rentenrecht. Warum ist es so?

Beginnend 1952 wurde vom „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“ und 1985 unter H. Kohl von der „Wissenschaftlichen Kommission“ unter Alt-Nazi Karl C. Thalheim „Empfehlungen zur Einfügung der volkseigenen Industriebetriebe der SBZ in die nach der Wiedervereinigung zu schaffende im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung“ erarbeitet, wie sie dann unter Kohl umgesetzt wurde.

Das belegt u.a. der Anhang „DDR Unrechtsstaat - oder was?“

Im Rentenrecht wurden zunächst alle Bestandsrenten pauschal hoch gewertet. Dann wurden Bestandteile, die es nicht in gleicher Weise in der BRD im Rentenrecht gab, zu Auffüllbeträgen erklärt und Jahr für Jahr abgeschmolzen.

Diese Rentenansprüche habe ich zusammengefasst im Anhang „Nicht oder gekürzt gewährte Ansprüche“ (kann ergänzt werden)
Zum Seniorentag 8. – 10. Juni 2009 in Leipzig hatte die Bundeskanzlerin die Problemlösung zugesagt.

Nun hat sich eine Arbeitsgruppe betroffener Gewerkschafter der Problematik angenommen. Verbindungen mit Vertretern des Bundestages und mit Vertretern der ostdeutschen Landtage sind aufgenommen. Ziel ist die Entschädigung der Betroffenen aus einem zu bildenden „Härtefall-Fond“ unabhängig von der neuen Grundrente!

Dieser „Runde Tisch“ der Berufs- und Personengruppen bereitet einen **„Rentenkonvent Ost der Berufs- und Personengruppen“** am 29. Mai 2020 im Stadtkulturhaus **Borna bei Leipzig** vor. Beginn 14.00 Uhr, Einlass ab 13.00 Uhr. Dazu sind hochrangige Politiker eingeladen. Neue Länder haben z.T. schon Unterstützung zugesagt.!

Es ist zwingend notwendig, dass sich Betroffene hier aktiv einbringen, um den notwendigen Druck auf die Politik aufzubauen, damit die Entschädigung der Überlebenden die angemessene Höhe von 15. Bis 20.000 Euro/Betroffener erreicht.

Diese Information ist im Kreise der Verbände und Organisationen zu verbreiten. Für die Teilnahme am „Rentenkonvent“ werden Fahrgemeinschaften vorgeschlagen.

Vertreter von Betroffenen-Gruppen bitte ich, sich bei mir zu melden, damit ich alle nötigen Infos an die Interessenten bringen kann.

Hier gilt: Nur gemeinsam sind wir stark!

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Bauer